

Otto-Friedrich-Universität Bamberg



Fachprüfungsordnung
für den konsekutiven Masterstudiengang
„Erziehungs- und Bildungswissenschaft“
(Educational Science)
an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Vom 31. März 2008

(Fundstelle: http://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/amtliche_veroeffentlichungen/2008/2008-81.pdf)

Geändert durch:

Satzung zur Änderung der Fachprüfungsordnung für den konsekutiven Masterstudiengang „Erziehungs- und Bildungswissenschaft“ (Educational Science) vom 20. März 2009
(Fundstelle: http://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/amtliche_veroeffentlichungen/2009/2009-18.pdf)

Inhaltsverzeichnis

§ 29 Geltungsbereich	3
§ 30 Prüfungsausschuss	3
§ 31 Zulassungsvoraussetzungen	4
§ 32 Struktur des Studienganges	5
§ 33 ECTS-Leistungspunkte	5
§ 34 Module	6
§ 35 Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen	6
§ 36 Studienbegleitende Leistungsnachweise	6
§ 37 Masterarbeit	7
§ 38 In-Kraft-Treten	7

Aufgrund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Otto-Friedrich-Universität Bamberg folgende

Fachprüfungsordnung:

§ 29 Geltungsbereich

- (1) Die vorliegende Prüfungsordnung enthält Regelungen für den konsekutiven Masterstudiengang „Erziehungs- und Bildungswissenschaft“ an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.
- (2) ¹Die Prüfungsordnung ergänzt die Allgemeine Prüfungsordnung für Bachelor- und Master-Studiengänge der Fakultäten Katholische Theologie, Geistes- und Kulturwissenschaften sowie Humanwissenschaften und für Modulprüfungen im Rahmen der Ersten Lehramtsprüfung (APO) an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. ²Im Zweifel hat die APO Vorrang.

§ 30 Prüfungsausschuss

- (1) ¹Dem Prüfungsausschuss für den MA-Studiengang „Erziehungs- und Bildungswissenschaft“ gehören fünf Mitglieder an, die vom Fakultätsrat gewählt werden. ²Zu Mitgliedern des Prüfungsausschusses können nur prüfungsberechtigte, hauptamtlich beschäftigte Mitglieder der Otto-Friedrich-Universität Bamberg gewählt werden, wobei die Mehrheit der Mitglieder des Prüfungsausschusses Professorinnen bzw. Professoren sein müssen. ³Die Amtszeit der Mitglieder beträgt in der Regel 3 Jahre. ⁴Wiederwahl ist möglich.
- (2) ¹Aus seiner Mitte wählt der Prüfungsausschuss eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden und eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter. ²Die Amtszeit der bzw. des Vorsitzenden und der Stellvertreterin bzw. des Stellvertreters beträgt drei Jahre. ³Wiederwahl ist zulässig.
- (3) ¹Der Prüfungsausschuss ernennt eine Studiengangsbeauftragte bzw. einen Studiengangsbeauftragten für den MA-Studiengang „Erziehungs- und Bildungswissenschaft“ und eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter. ²Die bzw. der Studiengangsbeauftragte koordiniert das Lehrangebot der am Studiengang beteiligten

Dozentinnen bzw. Dozenten, verhandelt verantwortlich mit Lehrgebietsvertreterinnen bzw. Lehrgebietsvertretern der Nebenfächer, erstellt und pflegt das Modulhandbuch, entscheidet über die Zuordnung von Leistungsnachweisen zu einzelnen Modulen und stellt sicher, dass die Abfolge des Lehrveranstaltungsangebots den Abschluss des Studiums innerhalb der durch die APO vorgegebenen Studiendauer ermöglicht. ³Die Entscheidungen der bzw. des Studiengangsbeauftragten können auf Antrag in begründeten Fällen durch den Fachprüfungsausschuss aufgehoben werden. ⁴Im Falle der Verhinderung der zuständigen Personen trifft die bzw. der Vorsitzende des Fachprüfungsausschusses die erforderlichen Entscheidungen.

- (4) Zum bzw. zur Studiengangsbeauftragten kann auch der bzw. die Vorsitzende des Prüfungsausschusses gewählt werden.

§ 31 Zulassungsvoraussetzungen

- (1) Die Zulassung zum MA-Studiengang „Erziehungs- und Bildungswissenschaft“ setzt ein mindestens mit der Note 2,5 abgeschlossenes sechssemestriges Hochschulstudium mit dem Studienabschluss „Bachelor of Arts“ im Fach Pädagogik oder einen mindestens gleichwertigen in- oder ausländischen Abschluss voraus; als Ersatz der Notenerfordernis kann durch Bescheinigung der Hochschule, an der der Abschluss erworben wurde, der Nachweis geführt werden, dass die Bewerberin bzw. der Bewerber im Ranking ihres bzw. seines Abschlussjahrgangs zu den 30 v. 100 Besten gehört.
- (2) ¹Der zuständige Prüfungsausschuss kann in Ausnahmefällen zulassen, dass das Studium bereits vor dem Erwerb der Zulassungsvoraussetzungen nach Abs. 1 aufgenommen wird, wenn alle entsprechenden Prüfungsleistungen erbracht sind und die Zulassungsvoraussetzungen innerhalb eines Semesters, spätestens innerhalb eines Jahres nachgewiesen werden. ²Erfolgt der entsprechende Nachweis nicht fristgerecht, erlischt die Zulassung zum Masterstudiengang. ³Eine weitere Einschreibung ist in diesem Fall ausgeschlossen.
- (3) ¹Wurde ein mindestens gleichwertiger Abschluss in einem anderem Studiengang erworben, so kann der Prüfungsausschuss die Zulassung, gegebenenfalls unter Auflagen, erteilen. ²Diese Auflagen sind innerhalb des ersten Studienjahrs zu erfül-

len. ³Erfolgt der entsprechende Nachweis nicht fristgerecht, gelten Abs. 2 Satz 2 und 3 entsprechend.

§ 32 Struktur des Studienganges

- (1) Für den Erwerb des Grades „Master of Arts“ im Fach Erziehungs- und Bildungswissenschaft sind studienbegleitende Leistungsnachweise im Umfang von 120 ECTS Leistungspunkten nachzuweisen.
- (2) Die Gesamtpunktzahl von 120 ECTS-Punkten ergibt sich durch das Studium im Kernbereich Pädagogik im Umfang von 30 ECTS (1 Modul Empirische Forschungsmethoden 15 ECTS und 1 Modul Wissenschaftstheorie 15 ECTS), im Wahlpflichtbereich 30 ECTS in Modulen in einem der Studienschwerpunkte (Elementar- und Familienpädagogik, Erwachsenenbildung/Weiterbildung, Sozialpädagogik), in der Berufsorientierung 30 ECTS (2 Module Allgemeine berufsqualifizierende Kompetenzen inklusive Praktika á 15 ECTS) sowie durch das Modul zur Masterarbeit 30 ECTS.
- (3) ¹Praktika können bei pädagogischen Einrichtungen, Verbänden oder Unternehmen mit Bildungs- oder Erziehungsaufgaben und bei entsprechenden Forschungseinrichtungen stattfinden. ²Die Organisationseinheit, bei der das Praktikum absolviert wird, muss mindestens eine pädagogische Fachkraft hauptamtlich beschäftigen. ³Das Praktikum ist durch ein Praktikumszeugnis der Organisationseinheit, bei der das Praktikum absolviert wird, und durch einen reflektierenden Praktikumsbericht nachzuweisen. ⁴Die Praktika dauern jeweils mindestens 6 Wochen oder 240 Stunden.
- (4) Die Allgemeinen berufsqualifizierenden Kompetenzen werden in Veranstaltungen erworben, die die Studienschwerpunkte speziell ausweisen.

§ 33 ECTS-Leistungspunkte

¹Für die in den jeweiligen Modulen zu erbringenden studienbegleitenden Leistungsnachweise werden je nach Veranstaltungsform, Art und Umfang der erwarteten Arbeitsleistung (Workload) ECTS-Punkte vergeben. ²Die Bandbreite der Punkteverteilung ergibt sich aus der unterschiedlichen Arbeitsleistung; Näheres ist im Modulhandbuch Erziehungs- und Bildungswissenschaft geregelt.

§ 34 Module

¹Die Module bestehen in der Regel aus mindestens zwei Lehrveranstaltungen, deren Inhalte und Formate im Modulhandbuch Erziehungs- und Bildungswissenschaft beschrieben werden. ²Die Reihenfolge, in der die Studienleistungen erworben werden, ist innerhalb des gegebenen Lehrangebotes frei, soweit nicht bestimmte Leistungsnachweise Zugangsvoraussetzung für andere Lehrveranstaltungen sind. ³Dozentinnen bzw. Dozenten können von diesen Zugangsvoraussetzungen im Einzelfall absehen.

§ 35 Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen

¹An Hochschulen erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen werden anerkannt, sofern sie gleichwertig sind. ²Über die Zuordnung und Anrechnung entscheidet der Prüfungsausschuss nach Rücksprache mit der zuständigen Fachvertreterin bzw. dem Fachvertreter.

§ 36 Studienbegleitende Leistungsnachweise

- (1) Durch schriftliche und/oder mündliche Prüfungsleistungen im Sinne der APO in der geltenden Fassung sollen die Studierenden nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Fachgebietes kennen und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen.
- (2) Folgende studienbegleitende Leistungsnachweise bleiben unbenotet:
 - Schriftliche studienbegleitende Leistungsnachweise in Form von Portfolios im Modul der Empirischen Forschungsmethoden,
 - mündliche studienbegleitende Leistungsnachweise in Form von Referaten im Modul Wissenschaftstheorie, in den Modulen der Studien schwerpunkte und im Modul zur Masterarbeit,
 - schriftliche und mündliche studienbegleitende Leistungsnachweise in den Modulen der Allgemeinen Berufsqualifizierenden Kompetenzen.
- (3) Alle schriftlichen Hausarbeiten sowie die Masterarbeit sind mit einer unterschriebenen Erklärung zu versehen, dass sie selbständig verfasst und nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet wurden.

§ 37 Masterarbeit

- (1) Die Zulassung zur Masterarbeit im Fach Erziehungs- und Bildungswissenschaft wird unter der Voraussetzung erteilt, dass Leistungsnachweise in Modulen im Umfang von mindestens 60 ECTS absolviert sein müssen.
- (2) Die Zulassung ist unter Vorlage der in Abs. 1 genannten Nachweise im Prüfungsamt so zu beantragen, dass das Studium innerhalb der Frist nach § 3 Abs. 4 APO abgeschlossen werden kann.
- (3) Die Bearbeitungszeit für die Masterarbeit beginnt mit dem Datum der Themenvergabe und beträgt sechs Monate.
- (4) ¹Die Masterarbeit wird in dem gewählten Studienschwerpunkt oder in Allgemeiner Pädagogik geschrieben. ²Die Masterarbeit wird von dem Prüfer bzw. der Prüferin, der bzw. die das Thema gestellt und die Betreuung übernommen hat, sowie einem weiteren Prüfer bzw. Prüferin schriftlich differenziert beurteilt. ³Eine Masterarbeit kann als Gruppenarbeit verfasst werden.
- (5) ¹Kommen die beiden Gutachtenden der Masterarbeit in ihren Gutachten zu unterschiedlichen Noten, so wird die Endnote als arithmetisches Mittel der beiden Einzelnoten errechnet. ²Wenn eine bzw. einer der Gutachtenden die Arbeit mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet oder die Notendifferenz größer als zwei Noten ist, wird eine dritte Gutachterin bzw. ein Gutachter bestellt. ³Lauten mindestens zwei der drei Gutachten „ausreichend“ (4,0) oder besser, ist die Arbeit bestanden.

§ 38 In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am Tag ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 6. Februar 2008 sowie der Genehmigung gemäß Art. 13 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit Art. 61 Abs. 2 Satz 1 BayHSchG durch den Präsidenten der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 31. März 2008.

Bamberg, 31. März 2008

Prof. Dr. Dr. habil. G. Ruppert
Präsident

Die Satzung wurde am 31. März 2008 in der Universität Bamberg niedergelegt; die Niederlegung wurde am gleichen Tag durch Anschlag in der Hochschule bekannt gemacht. Tag der Bekanntmachung ist daher der 31. März 2008.